

nachrichten

Zwei alt Nationalräte verstorben

GENÈVE/WEINFELDEN. Zwei Ex-Nationalräte sind am letzten Samstag gestorben: der Genfer FDP-Politiker Peter Tschopp im Alter von 69 Jahren und der Thurgauer SVP-Politiker Hanspeter Fischer im Alter von 79 Jahren. Beide Todesfälle wurden erst gestern bekannt. Peter Tschopp starb an den Folgen eines Wespensstichs, wie die Zeitungen «Tribune de Genève» und «24 Heures» berichteten. Der FDP-Politiker gehörte der grossen Kammer zwischen 1991 und 1999 an. Hanspeter Fischer verstarb einen Tag nach seinem 79. Geburtstag. Das teilte seine Familie gestern mit. Fischer war 1979/80 als bisher letzter Thurgauer Nationalratspräsident gewesen. Der SVP-Politiker war 1963 mit 33 Jahren in den Nationalrat gewählt worden. Er war damals das jüngste Mitglied des Parlaments, in dem er 20 Jahre blieb. SDA

Economiesuisse lobt Gymnasien-Ranking

ZÜRICH. Das von der ETH Anfang Jahr publizierte Ranking der Gymnasien wirkt, schrieb gestern der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Mehr als jede fünfte beurteilte Schule plane Massnahmen. Im unteren Drittel der Rangliste halte sogar jede zweite Schule Massnahmen für angezeigt, so der Verband. Es zeige sich, dass Rankings die Transparenz erhöhen und den Qualitätswettbewerb fördern. SDA

Volksinitiative für Mindestlohn geplant

BERN. In der Schweiz soll ein Mindestlohn von 3700 Franken eingeführt werden. Die Gewerkschaft Unia plant eine entsprechende Volksinitiative. Entscheiden werden die Delegierten im November. Dadurch würde das Einkommen von elf Prozent der Erwerbstätigen, von über 430000 Personen, steigen, sagte gestern Alessandro Pelizzari vom Unia-Zentralvorstand der SDA. SDA



Verkehr nimmt nur wenig zu

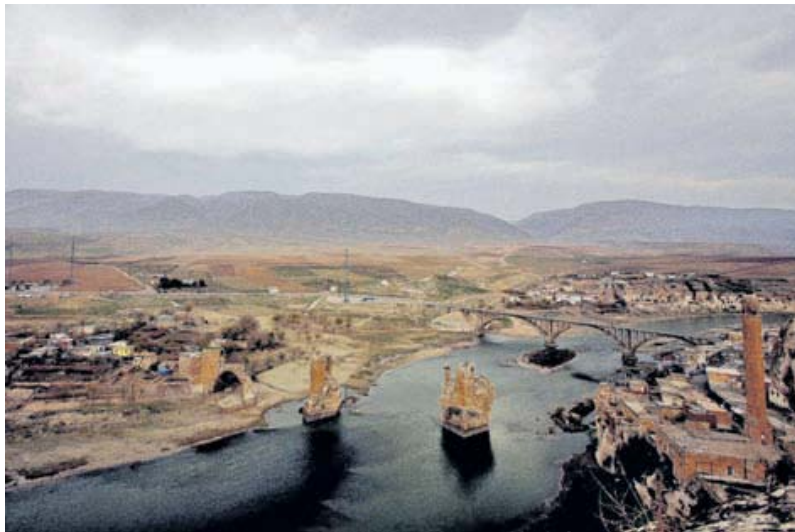
BERN. Der Verkehr auf Schweizer Autobahnen hat 2008 weniger stark zugenommen als in den Vorjahren. Gegenüber 2007 stieg der Verkehr auf den Nationalstrassen 2008 zwar um 1,1 Prozent an. Die mittlere Wachstumsrate pro Jahr lag in den vergangenen zehn Jahren aber bei 2,4 Prozent. Noch 2007 nahm der Verkehr auf den Autobahnen im Vergleich zum Vorjahr um knapp drei Prozent zu. In den ersten Monaten 2008 erhöhte sich das Verkehrsaufkommen ebenfalls in diesem Ausmass. In der zweiten Jahreshälfte schwächte es sich dann aber ab. Das Bundesamt für Strassen nannte die Wirtschaftskrise und den frühen Wintererbruch als mögliche Gründe. SDA

Der Kanton Uri senkt erneut die Steuern

ALTDORF. Erst auf Anfang dieses Jahres sind die Steuern in Uri massiv gesenkt worden, und schon läutet die Regierung die nächste Runde im Steuerwettbewerb ein: Auf Anfang 2011 sollen weitere Steuererleichterungen in Kraft treten, gab die Ständekanzlei gestern bekannt. Die Regierung hat die Finanzdirektion vorerst beauftragt, ein neues Steuergesetz auszuarbeiten. SDA

Bern lässt Grossprojekt fallen

Schweiz zieht sich mit Österreich und Deutschland aus Ilisu-Staudammprojekt zurück



Neue Hoffnung für antike Stadt. Blick auf den Tigris und die Stadt Hasankeyf, die im Stausee versinken würde. Foto Kay

STEFAN BOSS

Nicht-Regierungsorganisationen hatten jahrelang gegen den Megastaudamm in der Südosttürkei gekämpft. Gestern entzogen die Schweiz, Deutschland und Österreich dem Projekt die Unterstützung.

Grosser Jubel bei der Nicht-Regierungsorganisation Erklärung von Bern: Die Schweiz, Deutschland und Österreich beendeten gestern die Exportrisikoversicherungen für den Ilisu-Staudamm in der Südosttürkei. «Es ist ein Riesenerfolg für uns, dass nicht nur die Wirtschaftsinteressen, sondern auch der Schutz der Umwelt und der Menschen zählen», sagte Christine Eberlein von der Erklärung von Bern, die seit Jahren gegen den Staudamm gekämpft hatte. Bei Eberlein klingelte gestern pausenlos das Telefon.

Das Megaprojekt wurde Ende der Neunzigerjahre aufgegleist und sah eine Staumauer von 135 Meter Höhe und 1820 Meter Länge am Tigris in der Südosttürkei vor. Da die Türkei die Baufirmen aus der Schweiz, aus Deutschland und Österreich nicht vorab bezahlen konnte, wollten die Unternehmen ihr Risiko durch staatliche Exportrisikoversicherungen minimieren.

«Das Projekt ist von einer grossen Tragweite, deshalb hat der Bundesrat über einen Rückzug entschieden», sagt Sonja Kohler von der Schweizerischen Exportrisikoversicherung. Der Entscheid erfolgte in Absprache mit Deutschland und Österreich. Im letzten Dezember hatten die drei Staaten der Türkei eine letzte Frist von 180 Tagen gewährt, um Auflagen in den Bereichen Umwelt, Kulturgüter und Umsiedlung zu erfüllen.

Trotz teilweise «erheblichen Verbesserungen» seien die insgesamt 150 Auf-

lagen nicht alle erfüllt worden, sagt Kohler. Sie bemängelt etwa, dass die finanziellen Mittel für die Umsiedlung der rund 35000 Personen fehlten, die wegen des Stausees ihr Haus verlassen mussten. «Auch wurde durch die Türkei das Budget für den Bau von Kläranlagen gestrichen.» Besonders umstritten war das Projekt, weil in den Fluten des Stausees die antike Stadt Hasankeyf untergegangen wäre.

«AUTORITÄRE STIMMUNG.» Ein erstes Staudammprojekt war 2002 wegen des Ausstiegs mehrerer Firmen, unter anderem auch der UBS, gescheitert. An der Neuaufgabe waren aus der Schweiz der Turbinenbauer Alstom und die Bau- und Ingenieurfirmen Maggia, Colenco und Stucky beteiligt. Die Schweiz gewährte ihnen eine Exportrisikoversicherung von 225 Millionen Franken – Österreich und Deutschland gaben ihren beteiligten Unternehmen ebenfalls Bürgschaften.

Christine Eberlein von der Erklärung von Bern weilt mehrmals in dem Gebiet des geplanten Staudamms, das mehrheitlich von Kurden bewohnt wird. «Vor Ort herrschte eine sehr autoritäre Stimmung», sagt sie. Die Aktivistin wurde sogar zweimal kurzzeitig festgenommen.

Premierminister Erdogan habe die Gegner des Staudamms in einer Rede als Terroristen bezeichnet.

Die Türkei kündigte bereits an, dass sie das Projekt auch ohne internationale Absicherung durchziehen will. Eberlein hält dies jedoch nicht für realistisch. «Sonst hätte Ankara dies ja längst tun können», sagt sie. Dass arabische Banken das Projekt finanzieren könnten, sei jedenfalls nicht zu erwarten. Der Tigris, der durch den Damm in der Türkei gestaut würde, fliesst anschliessend in den Irak und könnte die Auswirkungen von Dürren im Zweistromland noch verstärken. Bagdad hat sich deshalb gegen das Projekt in der Türkei ausgesprochen.

THIS JENNY ÜBT KRITIK. Wenig erfreut über den Rückzug der Schweiz zeigte sich der Glarner SVP-Ständerat This Jenny. «Als Unternehmer brauche ich eine gewisse Sicherheit», sagt Jenny. «Wenn schon, hätte man den Unternehmen die Exportrisikoversicherung von Beginn an gar nicht gewähren sollen», sagt er der BaZ. Er hält es aber für möglich, dass die Unternehmen die Absicherung durch den Staat gar nicht benötigen und den Staudamm trotzdem bauen werden.



Im Grenzgebiet zu Syrien und dem Irak. Der geplante Ilisu-Staudamm im Südosten der Türkei. Karte BaZ/dh

kommentar

Bundesrat lenkte spät ein

STEFAN BOSS



Arbeitsplätze sind ein kostbares Gut. In einer Wirtschaftskrise wird dies besonders deutlich. Der Erhalt

und die Schaffung von Jobs in der Schweiz dürfen aber nicht auf Kosten der Bevölkerung in anderen Staaten gehen. Dies wäre beim Ilisu-Staudamm zweifellos der Fall, den der Bundesrat durch eine Exportrisikoversicherung für beteiligte Schweizer Firmen unterstützt hat. Das Megaprojekt stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Tausende von Menschen sollen umgesiedelt werden und ihre Lebensgrundlage verlieren. Auch dürfte die Staumauer die Spannungen mit dem Irak verschärfen. Der Tigris, der für das Projekt gestaut werden soll, fliesst weiter in den Irak, der schon jetzt unter Dürren leidet. In der Türkei wurde fast zum Staatsfeind, wer sich gegen den Staudamm wehrte. In der Schweiz, Deutschland und Österreich war Widerstand einfacher. Nicht-Regierungsorganisationen protestierten schon seit Jahren dagegen. Gestern erreichten sie einen wichtigen Sieg, indem die drei mitteleuropäischen Staaten dem Unterfangen die Unterstützung entzogen.

Das Projekt wankt, es ist aber noch nicht begraben. Die Türkei will versuchen, die Staumauer trotzdem zu errichten. Es ist aber recht unwahrscheinlich, dass sie in der Wirtschaftskrise neue Geldgeber findet.

Angesichts der Klimaerwärmung – macht das die Förderung der Wasserkraft nicht Sinn? Immerhin würde der Ilisu-Staudamm so viel Strom liefern wie ein Atomkraftwerk. Die Zukunft liegt aber in vielen kleineren, dezentralen Anlagen. Diese richten weniger Schaden an als ein fragwürdiges Grossprojekt.

stefan.boss@baz.ch

Merz' Präsidialjahr steht im Zeichen der Rezession

Der Finanzminister schaut auf ein bewegtes erstes Halbjahr als Bundespräsident zurück

Als Erster unter Gleichen im Kollegium der Landesregierung hat gestern Bundespräsident Hans-Rudolf Merz eine Bilanz seines ersten Halbjahres gezogen.

Die Weltwirtschaft zeige eine Konjunkturschwäche, die alle Länder betreffe, sagte Bundesrat Hans-Rudolf Merz an einem Treffen mit den Medien in Bern. Die Regierung habe entsprechend reagiert, sagte er: Sie habe Massnahmen zur Stabilisierung des Finanzplatzes mit der Unterstützung der UBS, ein Konjunkturprogramm und ein Paket zur Abfederung der Arbeitslosigkeit beschlossen. Ein weiteres

Sanierungskonzept werde dann im Herbst folgen, kündigte Merz an.

GUTE STIMMUNG. Unter internationalem Druck habe die Schweiz das Bankgeheimnis aufgeweicht, so Merz. Im Inland bleibe es indessen intakt. In den Aussenbeziehungen würden nun in begründeten Fällen die OECD-Standards auch bei Steuerhinterziehung übernommen.

Die in der Gruppe G-20 zusammengeschlossenen Wirtschaftsmächte verlangten von der Schweiz bis Ende September den Abschluss von zwölf Doppelbesteuerungs-

abkommen, eine «infantile Zahl», sagte Merz. Bis jetzt seien neun Abkommen parafiziert. Noch offen ist, wie das genaue Prozedere aussieht, wenn die zwölf Abkommen unter Dach und Fach sind. Wie Merz gegenüber Schweizer Radio DRS sagte, können entweder alle oder nur ein exemplarisches Abkommen dem fakultativen Referendum unterstellt werden – in letzterem Fall würde Merz das Abkommen mit Japan bevorzugen.

Was die Milliardenunterstützung der UBS angeht, bekräftigte Merz, dass der Bund nach einer Kapitalerhöhung der Bank und einem Kursanstieg

seine Beteiligung abtossen werde: «Wir werden den Ausstieg so organisieren, dass wir nicht einen Rapfen verlieren.»

Die Landesregierung habe das erste Halbjahr 2009 gut bewältigt, sagte der Bundespräsident weiter. Die Stimmung im Bundesrat sei gut. Allerdings sei das Kollegium kein «Wohlfühlgremium». Es sei aber gewillt, in schwierigen Lagen Lösungen zu finden.

KRITIK AN MERZ. Die Parteien sparen aber nicht Kritik am Bundespräsidenten: «Das Verhalten der Regierung gegenüber dem Ausland ist fast schon devot», sagte etwa SVP-Präsi-

dent Toni Brunner gestern gegenüber Radio DRS. CVP-Präsident Christophe Darbellay schlägt in die gleiche Kerbe: «Bundespräsident Merz ist zu nett auf internationalem Parkett.»

Gleichlautende Kritik kommt von der SP: «Merz hat erst dann reagiert, wenn der Druck von aussen zu gross wurde», sagte SP-Fraktionschefin Ursula Wyss. FDP-Präsident Fulvio Pelli nimmt Merz hingegen in Schutz. Merz habe sich durch Effizienz statt durch Selbstdarstellung ausgezeichnet, sagte er. SDA/AP

Hans-Rudolf Merz zum UBS-Prozess > SEITE 9